INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 € | 18. JULI 2023 | AUSGABE 03.2023

Der Rote Hahn

WWW.DIELINKE-FFO.DE FACEBOOK.COM/DIELINKEFFO INSTAGRAM.COM/DIELINKE_FRANKFURTODER

Kreisparteitag präzisiert Kurs mit Blick auf 2025

Am 24. Juni trafen sich 41 Genoss*innen in der Aula des Gauß-Gymnasiums zur 2. Tagung des 8. Kreisparteitages der DIE LINKE. Frankfurt (Oder). Der Kreisparteitag fasste drei Beschlüsse mit denen er den Kurs der Frankfurter LINKEN mit Blick auf das Bundestagswahljahr 2025 präzisierte

Mit dem Beschluss „Umsteuern: Holen wir uns den Reichtum zurück“ macht der Kreisverband die Umverteilungskampagne der Partei zum Schwerpunkt seiner politischen Arbeit bis zur Bundestagswahl 2025. Damit will DIE LINKE auch in Frankfurt (Oder) als entschiedene Kraft für Umverteilung in Erscheinung treten und ihren potenziellen Wähler*innen den Gebrauchswert der LINKEN als lokal verankerte Kümmererpartei, als in gesellschaftliche Diskurse wirksam eingreifende Partei und als wirkungsvolle Kraft in den Parlamenten sowie in der Frankfurter Stadtgesellschaft unter Beweis stellen. Ein beschlossener Initiativantrag, der während der Tagung eingebracht wurde, macht das aktive und öffentlichkeitswirksame Handeln im Sinne der friedenspolitischen Grundsätze der LINKEN, ins-besondere mit Bezug auf den russländischen Überfall auf die Ukraine, zu einem weiteren Schwer-punkt des Kreisverbandes. Beide Beschlüsse untersetzen den bereits von der 1. Tagung des Kreispar-teitags gefassten Beschluss „DIE LINKE. Frankfurt (Oder) wieder zukunftsfähig.“

Die Präzisierung des Kurses des Kreisverbandes rundet ein Beschluss ab, mit dem die laufende Sit-zungsperiode des Kreisparteitages verkürzt und der Kreisvorstand beauftragt wird, die 1. Tagung des 9. Kreisparteitags bereits für Ende November/ Anfang Dezember 2023 einzuberufen. Auf dieser Tagung wird turnusgemäß ein neuer Kreisvorstand gewählt. Dieser soll den Kreisverband in den Jahren 2024 und 2025 führen. Im Superwahljahr 2024 stehen drei Wahlen an, die Europa- und die Kommunalwahl am 09. Juni sowie die Landtagswahl am 22. September und im Herbst 2025 dann die nächste Bundestagswahl.

mg

Seiten 2 und 4

Umsteuern!
DIE LINKE startet Kampagne für soziale Gerechtigkeit
Seite 2

DIE LINKE hilft:
Zustehende Leistungen beantragen
Seite 6

DIE LINKE in der SVV:
Für eine akzeptierte Energiewende und mehr Geld in der Kasse der Stadt
Seiten 8 und 9

Alle Straßen für alle!
Für mehr Sicherheit auf den Straßen der Stadt
Seite 11

Holen wir uns den Reichtum zurück!

Während wir letztes Jahr im Supermarkt jeden Euro zweimal umdrehen mussten, fuhren Konzerne Rekordgewinne ein, und schütten nun so hohe Dividenden aus wie nie zuvor, mehr als 50 Milliarden Euro! Auch deshalb startete DIE LINKE am 30. Juni 2023 ihre Umsteuern-Kampagne, die auch unser Kreisverband nach Kräften unterstützen will.

von Michael Große

Der 8. Kreisparteitag hat auf seiner 2. Tagung am 24. Juni 2023 die Beteiligung unseres Kreisverbandes an der Kampagne der Partei beschlossen. Die Forderungen der LINKEN in dieser Kampagne sind:

• Superreiche und Konzerne gerecht besteuern! Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden. Wir wollen außerdem eine einmalige Abgabe auf Vermögen über zwei Millionen Euro erheben, um damit die Kosten der Krise zu bezahlen.

• Krisengewinne abschöpfen! Die Extraprofite der Rüstungskonzerne und Energieunternehmen müssen zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden.

• Menschen entlasten! Die Löhne müssen steigen und so die Inflation ausgleichen.

• Das Bürgergeld muss um 200 Euro angehoben werden. Menschen mit geringem Einkommen sollen ein monatliches Inflationsgeld bekommen: 125 Euro für jeden Haushalt plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt.

Vor Ort soll sich die Kampagne in fünf Phasen mit definierten Zielen gliedern:

• Phase 1(bis Ende August 23):

Kampagne im Kreisverband verankern und erste öffentliche Aktivitäten

• Phase 2 (September 23 bis Ende März 24):

Mit zunehmender gesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Verankerung in die Wahlkämpfe 2024

• Phase 3 (April bis 22. September 24):

Bei den Wahlen 2024 wird der abgenommene Rückhalt in der Stadtgesellschaft gestoppt

• Phase 4 (Oktober 24 bis März 25):

Mit weiter ausgebauter gesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Verankerung in den Bundestagswahlkampf 2025

• Phase 5 (April bis zur Bundestagswahl):

DIE LINKE. Frankfurt (Oder) mit neuem, klarem Profil gestärkt

Die Kampagne nach Kräften zu unterstützen heißt, möglichst viele unserer Mitglieder und Sympathisant*innen für als Unterstützer*innen bei der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne zu gewinnen. Der Kreisparteitag erteilte einem Kampagnenkernteam, dass von der Co-Kreisvorsitzenden Anja Kreisel geleitet wird, das Mandat, den Prozess der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung zu organisieren und zu steuern. Die politische Führung der Kampagne obliegt dem Kreisvorstand.

Wir sagen: Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

Jetzt wird umverteilt!

von Horst Dahlmann

Die Aktualität dieser vom Parteivorstand der Linken beschlossenen, bis in das nächste Jahr führenden Kampagne wurde in Gesprächen mit Menschen, die das linke Politikzentrum auf dem Brückenfest am 1. Mai besuchten, deutlich. Diese Aktion ist auch für unsere Stadt und Region von Relevanz. Die Unzufriedenheit und aus Sorgen resultierender Missmut mit der aktuellen Politik sind unüberhörbar. Sie sind Spiegelbild einer bundesweiten Umfrage des Instituts Norstat 1002. Demnach bereiten 64 Prozent die Inflation, 58 Prozent der Krieg in der Ukraine und 54 Prozent die Bürokratie Missmut und Sorgen. 36 Prozent bemerken einen abnehmenden Wohlstand in der Gesellschaft.

Derartige Empfindungen und Sorgen werden auch in unserer Stadt mit Zahlen belegt. Laut Aussagen der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten arbeiten in Frankfurt 31 Prozent der Vollbeschäftigten, das sind etwa 4.900, für einen Lohn unter der amtlichen Niedriglohnschwelle von 2.344 € brutto. Sie sind von den steigenden Lebenshaltungskosten extrem betroffen. Eine Anfrage des Vorsitzenden der linken Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch an das Bundesarbeitsministerium brachte zutage, dass in Brandenburg 55 Prozent der Vollbeschäftigten nach 45 Arbeitsjahren nicht so viel verdienen, dass es für eine Rente von 1200 € (netto) ausreichen würde. Dahinter stehen 295.134 Menschen. Unter den gegebenen Bedingungen werden etwa 30 Prozent weniger als 1000 € Rente erhalten.

Der linke Bundestagsabgeordnete Christian Görke kommentiert: „Altersarmut trotz Maloche, das ist eine Frechheit. Deutschland braucht endlich eine große Rentenreform.“ Auf die von Gewerkschaften organisierten Streiks für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen der „systemrelevanten“ Beschäftigten im Gesundheits- und Verkehrswesen und im Öffentlichen Dienst reagieren neoliberale Politiker und Ökonomen mit Warnungen vor einer Lohn-Preis-Spirale. Das ist unbegründet und irreführend.

Die verfehlte Krisenpolitik der Ampelkoalition und das Profitstreben der den Markt beherrschenden Konzerne bewirken längst eine Profit-Preis-Spirale. Laut der Unternehmensberatung EU stiegen die Umsätze der 40 Konzerne aus dem Deutschen Aktienindex 2022 um fast 16 Prozent auf Rekordhöhe. Ihre Gewinne waren so hoch wie nie zuvor. Den Konzernen und anderen großen Unternehmen gelingt es nicht nur, steigende Kosten für Energie usw. an die Konsumenten weiterzugeben, sondern sie zusätzlich auf den Preis aufzuschlagen. Die 100 größten deutschen Aktiengesellschaften beglücken die Aktionäre für das vergangene Jahr mit 62 Milliarden Euro Dividende. Das ist eine Steigerung von 10 Prozent zum Vorjahr. Die seit der Corona-Pandemie anhaltende Profitspirale der Konzerne ist für Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) allerdings kein Anlass zur Erhebung von Übergewinn, geschweige von Reichensteuer.

Derweil inszeniert Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ein Heizkostengesetz, wirksam bereits 2024, das bis weit in den Mittelstand berechtigte Angst auslöst. Angst um den Verlust des redlich erarbeiteten Wohlstands, verbunden mit dem sozialen Abstieg. Das beabsichtigte komplexe Gebäudeenergiegesetz sei, so Bundesbauministerin Klara Geywitz „kein ehrliches System“, da es auch zu einer beträchtlichen Steigerung der ohnehin schon hohen Baukosten führen und damit unübersehbare Auswirkungen auf die Wohnungsmieten haben wird.

Die Politik der Bundesregierung macht deutlich, dass der eingangs zitierte Beschluss des Parteivorstandes sprichwörtlich „den Nagel auf den Kopf trifft“. Stopp der Profit-Preis-Spirale! Den horrenden gesellschaftlichen Reichtum von oben nach unten umverteilen zur Entlastung einer Mehrheit, die ihn mit Händen und Hirn erarbeiten. Für diejenigen in die Zukunft investieren, die während der Krisen Wirtschaft und Infrastruktur am Laufen gehalten haben.

Unser linker Kreisverband steht nach dem Kreisparteitag vor der Aufgabe, zu sagen, was in Frankfurt ist. Würdigung sowie Fortführung des zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger Erreichten, zugleich Offenlegung der sozialen Spaltung. Viele Familien leben an der Armutsgrenze, gegenwärtig sind Kinderarmut und Altersarmut. Es steht jetzt an: Auf der Straße und in der Stadtverordnetenversammlung an der Seite der Gewerkschaften, der Sozialverbände und des Friedensnetzes verlässlich entsprechend dem Parteiprogramm für eine Gesellschaft zu kämpfen „in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben“.

Das ist der Weg, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen (zurück) zu gewinnen.

Geprägt von der Frage nach der Daseinsberechtigung der LINKEN

DIE LINKE befindet sich in einer existenziellen Krise. Die Gefahr einer Spaltung hängt in der Luft. Einerseits hat DIE LINKE in Frankfurt (Oder) ein Wähler*innenpotenzial von etwa 21 Prozent. Andererseits werden ihr für die Kommunalwahl 2024 nur noch 15 Prozent prognostiziert. Damit würde DIE LINKE hinter AfD, SPD und CDU nur noch auf Platz vier liegen. Vor diesem Hintergrund debattierte unser Kreisparteitag und präzisierte mit seinen Beschlüssen den Kurs für die politische Arbeit.

von Michael Große und Sonnhild Grünberg

In seinem offenen Brief im Januar 2022 an die damaligen Parteivorsitzenden hatte der langjährige Vorsitzende des Ältestenrates der LINKEN Hans Modrow darauf verwiesen, dass die kritische Situati-on, in der sich die Partei befindet, nicht erst durch das desaströse Resultat bei der Bundestagswahl 2021 entstand. „Das Ergebnis macht die innere Verfasstheit ledig sichtbar.“ Modrow forderte einen Neustart. Einen solchen wollte unser Kreisverband mit dem Beschluss „DIE LINKE. Frankfurt (Oder) wieder zukunftsfähig“ angehen. Diesen Beschluss hatte der 8. Kreisparteitag auf seiner 1. Tagung am 07. Mai 2022 gefasst. Ob und wie dies gelungen ist, darüber müsste eigentlich der Rechenschaftsbe-richt des Kreisvorstandes Auskunft geben. Dieser enthält einen Auszug an Aktivitäten des Kreisver-bandes, beginnend mit der erstmaligen Durchführung eines Aktivenplenums, über die wöchentliche LINKE-Sozialberatung bis zur Teilnahme an Gedenkveranstaltungen. Im Anhang sind dann noch 30 Anträge bzw. Anfragen der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der Stadtverordnetenversammlung aufgelistet. Eine Einschätzung der Wirksamkeit all dieser Aktivitäten, Anträge und Anfragen in der Frankfurter Stadtgesellschaft enthält der Bericht nicht. Dazu kam auch nichts bei der Vorstellung des Berichts.

Die Generaldebatte war von kritischen und konstruktiven Antworten auf die Fragen nach dem Ge-brauchswert der Partei in Frankfurt (Oder), der inneren Verfasstheit des Kreisverbandes und der Ein-beziehung der Basis und Sympathisanten in die künftige politische Arbeit geprägt. Eingangs erläuterte der Co-Kreisvorsitzende seine Überlegungen zu den Ursachen des Rückgangs der Wahlergebnisse. Geringere Vernetzung der Linken in der Stadtgesellschaft, die Auseinandersetzungen in den Leitungs-gremien von Bund und Land und die bedrückende soziale und gesamtgesellschaftliche Situation lasse einen bedeutenden Anteil der Bevölkerung frustriert zurück und lässt sie z. T. Antworten suchen bei rechten und rechtsextremen Parteien und Gruppierungen. DIE LINKE wolle auch in Frankfurt für eine soziale und gerechte Gesellschaft kämpfen. Einen Ansatz sieht er darin, produktive Wertschöpfung nach Frankfurt zu holen, entschiedenes Nein jedoch zu einer denkbaren Waffenproduktion, was momentan im Gespräch ist.

Im Kampf um soziale Gerechtigkeit sieht die Co-Vorsitzende Anja Kreisel durch mehr Mitbestimmung einen wichtigen Ansatzpunkt. Ihr ging es vor allem um die Umsetzung der Kindercharta u. a. durch das Wirken der Fraktion in der SVV, weil mit der tatsächlichen Umsetzung ein Grundstein gelegt werde für das jetzige und künftige Leben und Handeln der heutigen jungen Generation.

DIE LINKE dürfe ihren Einfluss auf eine nachhaltige Stadtentwicklung nicht aus dem Auge verlieren, so Genosse Günther Wullekopf. Er forderte, dass DIE LINKE im Stadtparlament dahingehend wirken müsse, dass eine nachhaltige Stadtentwicklung eine Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung sein muss. Es habe vor knapp 30 Jahren mit den Ideenwerkstätten und mit der Agenda 21 Aktionen und Dokumente gegeben, an die es sich lohne anzuknüpfen und sie mit der Stadtbevölkerung weiterzuentwickeln.

Genosse Frank Hühner rückte in den Mittelpunkt, dass es auf Grund des Ablaufs im Wahlkampf not-wendig sei, schneller inhaltlich und zeitlich diesen vorzubereiten. Es müsse im Kreisverband

mehr debattiert werden sowohl über den Kurs der Partei im Bund, im Land und besonders auch in der Stadt. Wichtig sei immer auch der solidarische Umgang der Parteimitglieder miteinander.

Der Gebrauchswert der Partei DIE LINKE war ebenfalls bei Genossen Erik Rohrbach der Ausgangs-punkt seines Beitrages: „Nicht gerührt sein – sich rühren“, d. h. zum Beispiel in aller Öffentlichkeit zu sagen, dass unser Ziel letztlich eine andere Gesellschaft ist. Wir sollten die gesellschaftlichen Probleme intern diskutieren und dann in die Öffentlichkeit treten. Gegenwärtig werden wir nicht wahrgenom-men.

Für Genossin Sandra Seifert als Fraktionsvorsitzende ist entscheidend das Wirken vor Ort. Der solida-rische Zusammenhalt, die Gespräche im Kreisverband und darüber hinaus geben den nötigen Rü-ckenwind, um von der Fraktion aus in die Stadtgesellschaft konstruktiv zu wirken. Gespräche mit der Basis zu stadtpolitischen Themen sind sehr wichtig, aber leider nicht immer vor Entscheidungen möglich.

Genosse Michael Große verknüpfte die notwendige kontinuierliche Arbeit des Beschlusses „DIE LIN-KE. Frankfurt (Oder) wieder zukunftsfähig“ mit der Kampagne zur Umverteilung und mit der Wahl-vorbereitung. Es gehe um die Verankerung in der Gesellschaft auch über das Wirksamwerden in den Parlamenten. Vor allem zwischen den Wahlen müsse an der Veränderung des Kräfteverhältnisses gearbeitet werden, wozu eine entsprechende Strategie ausgearbeitet werden müsse.

Der Genosse Frank Mende machte darauf aufmerksam, dass langfristig von der Linkspartei neue Kandidaten für den Seniorenbeirat der Stadt gefunden werden müssen.

Mitzuwirken, das war auch das Anliegen von Genossin Eva Gütschow, wenn es ihr auch nur im Klei-nen möglich sei. Genosse Andreas Krüger, aktives Mitglied der EVG, rief zur Solidarität in der gegen-wärtigen Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Bahn auf. Genosse Gunnar Weidner sieht die Linke als politisch lebendige Partei. So verweist er auf die Presseerklärung, in der die beiden Kreisvor-sitzenden die AfD-Forderung nach Ansiedlung von Rheinmetall zurückgewiesen haben. Ihre Position: Fluchtursachen bekämpfen statt Waffen exportieren.

Zum Abschluss der Generaldebatte lieferte die Co–Vorsitzende Anja Kreisel, die auch die Kampag-nenbeauftragte ist, einen Input für die Behandlung des Antrags „Umsteuern: Wir holen uns den Reichtum zurück“. Die Kampagne knüpft daran an, dass 52 % der potenziellen Wähler*innen der Partei DIE LINKE (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) Maßnahmen zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit für die wichtigste Forderung der LINKEN halten. Mit der Beteiligung an dieser Kampagne will unser Kreisverband den direkten „Gebrauchswert“ der Partei als Kümmerer für die Sorgen und Nöte der Beschäftigten und der sozial Benachteiligten erbringen, den gesellschaftlichen Diskurs mitgestalten und wirkungsvolle Kraft im Stadtparlament sein. Dafür muss es mit verschiedenen Mitteln gelingen, die Alltagssorgen zu erfassen und im Wahlprogramm und -kampf mit entsprechenden Themen sowie in die Fraktionsarbeit einzubringen.

Mit der Annahme dieses Antrags sowie eines Initiativantrages präzisiert der Kreisparteitag den Kurs für die politische Arbeit des Kreisverbandes.

Stimmen nach der Tagung

„Tolle offene Debatte.“ - *Lukas Lindemann*

„Freundliche und offene Atmosphäre.“ - *Michael Schultz*

„Offener, mitfühlender und nachdenklicher Austausch und Vieles ist im Wachsen, noch nicht im Blühen.“ - *Tim Berthold*

„Gute Stimmung und offene Debatte.“ - *Margit Gronau*

„Sehr informativ, konstruktiv – auch sozial wertvoll.“ - *Anita Jenichen*

Kreisschatzmeisterin wiedergewählt

von Michael Große

Notwendig geworden waren die Neubesetzung der Funktion der/des Kreisschatzmeister:in sowie eines Mitglieds des Kreisvorstandes. Paul Grimm war Ende Mai als Mitglied des Kreisvorstandes zu-rückgetreten, weil er demnächst im Rahmen seines Studiums ein Auslandssemester antreten wird. Da Gabriele Krasert vorhatte, auf dem Landesparteitag am 22. April für die Landesfinanzrevisions-kommission zu kandidieren erklärte sie zum 20. April 2023 ihren Rücktritt von der Funktion der Kreisschatzmeisterin. Der Landesparteitag wählte Gabi Krasert dann in die Landesrevisionskommission.

Leider gelang es nicht, Nachfolger*innen für die in unseren Kreisverband vakant gewordenen Funkti-onen zu gewinnen. Zwar hatte zunächst ein Kandidat seine Bereitschaft erklärt, für die Funktion des Kreisschatzmeisters zu kandidieren, zog diese dann aber zurück. Als Grund gab er den, am 10. Juni vom Parteivorstand einstimmig gefassten, Beschluss „Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!“ an. Damit wird auch deutlich, dass auch unser Kreis-verband ein pluralistischer Kreisverband ist.

Nach Konsultationen mit einer befreundeten Genossin sowie mit der Vorsitzenden der Landesrevisionskommission entschied sich Gabriele Krasert dafür, wieder als Kreisschatzmeisterin zu kandidieren. Sie wurde vom Kreisparteitag bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gewählt.

Zustehende Leistungen beantragen!

von Joachim Wawrzyniak

60 Prozent der Leistungsberechtigten nehmen laut Deutsches Institut für Wirtschaft (DIW) die ihnen zustehenden Leistungen nicht in Anspruch. Zu solchen Leistungen gehören: Wohngeld, Kinderzuschlag und Leistungen für Bildung und Teilhabe. Der Hauptgrund: Unkenntnis. Es folgen Überforderung beim Ausfüllen der Anträge (zu kompliziert, Angst Fehler zu machen) und der Verzicht insbesondere von Menschen mit Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf zusätzliche Leistungen, weil sie keine Bittsteller sein wollen.

Wer hat Anspruch auf welche Leistungen?

Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zu einer Mietwohnung oder zu selbstgenutztem Eigentum für Haushalte mit niedrigem Einkommen oberhalb der Grundsicherung und es dient der Sicherung eines angemessenen und familiengerechten Wohnens. Anspruch auf Wohngeld haben Haushalte mit einem niedrigen Einkommen, sofern sie keine Wohnkosten über andere Sozialleistungen oder Ausbildungshilfe beziehen. Mit Wohngeld-Plus wurde am 01. Januar 2023 das Wohngeld um 190 Euro auf 370 Euro erhöht. Ebenso stieg laut Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen die Zahl der wohngeldberechtigten Haushalte von ca. 600.000 auf ca. 2.000.000. Insbesondere Rentnerinnen und Rentner mit niedriger Rente, erwerbstätige Familien – auch Alleinerziehende und Paare – mit niedrigem Einkommen, Beschäftigte im Niedriglohnbereich und Studierende, sofern nicht der gesamte Haushalt dem Grunde nach einen BAföG-Anspruch hat, sowie Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner sollten den Anspruch auf Wohngeld prüfen.

Auf **Kinderzuschlag** – zusätzlich zum Kindergeld – haben Familien mit kleinen Einkommen unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch. Zum 01. Januar 2023 wurde der Kinderzuschlag pro Kind auf monatlich bis zu 250 Euro erhöht. Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales haben deutschlandweit nur 30 Prozent der Berechtigten einen Antrag gestellt. In Frankfurt (Oder) sind es sogar nur 18 Prozent.

Anspruch auf die **Leistungen für Bildung und Teilhabe** (Bildungspaket) haben Bezieher*innen von Bürgergeld nach SGB II (ehemals Hartz IV), von Sozialhilfe nach SGB XII und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder wenn Eltern den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Zu den Leistungen aus dem Bildungspaket gehören: Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (z.B. Sportverein, Musikschule), tatsächliche Aufwendungen für eintägige Schulfahrten und mehrtägige Klassenfahrten, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf und Schulbeförderung.

Auch hier besteht offensichtlicher Beratungsbedarf. So haben in Frankfurt (Oder) sieben Prozent der Berechtigten einen Antrag auf Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben gestellt, d.h. für 203 von 3.154 berechtigten Kindern. In Brandenburg ist das das Schlusslicht. Bei Anträgen im Zusammenhang mit mehrtägigen Klassenfahrten und Lernförderung kommen Schule/Lehrer*innen ins Spiel. Von diesen werden z.B. oft nur die Reisekosten als tatsächliche Aufwendungen benannt, Museumsbesuche etc. nicht.

Leistungsberechtigte sollten ihnen zustehende Leistungen beantragen. Das sie darauf angewiesen sind, hat nichts mit ihrem eigenen Versagen zu tun, wie es gern durch konservative Politiker*innen und die Mainstream-Medien suggeriert wird und leider auch von nicht wenigen Betroffenen so geschluckt wird. **DIE LINKE hilft dabei.**

Neu: Ab sofort kann ein Termin für eine kostenfreie Beratung zum Thema Patientenverfügung vereinbart werden. Ort & Zeit siehe Kasten

DIE LINKE. hilft!

Wohngeld, Kinderzuschlag, Leistungen aus dem Bildungspaket – was steckt dahinter, wer hat Anspruch darauf und wie kann es beantragt werden?

Themenbezogene Information und Beratung durch Joachim Wawrzyniak.

15. Juli 2023	Wohngeld
22. Juli 2023	Kinderzuschlag
29. Juli 2023	Bildungspaket – Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben
05. August 2023	Bildungspaket – Schulausflüge und Klassenfahrten,
12. August 2023	Bildungspaket – Lernförderung
19. August 2023	Bildungspaket – Mittagsverpflegung

Jeweils 15:00 bis 17:00 Uhr.

Allgemeine Sozialberatung: freitags 10:00 bis 13:00 Uhr

Du kennst/Sie kennen Betroffene? Dann bitte diese Info ausschneiden und weitergeben

Ort:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Berliner Str. 38
15230 Frankfurt (Oder)

Kontakt:
www.dielinke-ffo.de/hilft
Telefon: 0152 02031077
E-Mail:
joachim.wawrzyniak@dielinke-ffo.de

Im Gespräch mit LINKER Landtagsabgeordneten

von Sonnhild Grünberg

Als Beitrag zur diesjährigen Brandenburger Seniorenwoche hatte das Seniorenaktiv der Partei DIE LINKE unseres Kreisverbandes zu einer Diskussionsrunde zum Thema „Sozial gesichert, selbstbestimmt, aktiv und solidarisch leben – heute und morgen und für alle Generationen“. Die 19 Genossinnen und Genossen ließen sich nicht lange bitten und führten einen intensiven Gedankenaustausch mit Genossin Fortunato und Genossen Joachim Wawczyniak.

So ging es u. a. um Vorschläge der Linken im Bundestag zur Einführung einer Rente, von der die Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, sozial abgesichert leben könnten. Die reale Lebenswelt vieler Rentnerinnen und Rentner in Frankfurt sieht leider anders aus. Warum das so ist, warum der Anteil Bedürftiger weiterwachsen wird und wie ältere Menschen mit niedrigem Einkommen zu Wohngeld und weiteren sozialen Leistungen kommen können wurde ebenso diskutiert wie das Dilemma in der Pflege und der Gesundheitsfürsorge. Genossin Fortunato konnte aus ihrer Sicht als Landtagsabgeordnete an vielen Beispielen aus dem Land aufzeigen, wie die Inflation, die Energiekrise und die anderen gesellschaftlichen Krisen das Leben vieler Rentnerinnen und Rentner negativ beeinflussen. Die Aktivitäten und Vorschläge der LINKEN im Landtag finden keinen Eingang in die Politik der Regierung. Dazu kommt, dass diese zu wenig bekannt sind in der Bevölkerung.

Wenn an dieser Stelle nicht auf alles aus der interessanten Diskussion eingegangen werden kann, ein Thema sollte hier noch angesprochen werden: Die Diskussion drehte sich auch um das Leben älterer Menschen unter den Bedingungen der Digitalisierung. Es zeigte sich an vielen Beiträgen, dass gerade gegenwärtig lebenslanges Lernen Realität ist und sein muss.

Einmal mehr zeigte sich an diesem Nachmittag, dass es zu vielen Themen großen Gesprächsbedarf gibt. Genossin Fortunato und Genossen Wawrzyniak gilt der Dank für die erfolgreiche Veranstaltung, ebenso den Genossinnen und Genossen des Seniorenaktivs.

Bildnachricht von Cuba si

Im Juni ging der nächste Solidaritätscontainer von Berlin auf die Reise nach Kuba. An Bord sind auch wieder viele Spenden aus Frankfurt (Oder). Dazu gehören, neben Fahrrädern, Kisten mit dringend benötigtem Material für Kubas Ärzte und für die Schulen des Karibiklandes.

Foto rechts: Wolfgang Frotscher

Am Rande bemerkt

von Ella Schleese

Der amerikanische Publizist Victor Grossman, Autor des Buches „Ein Ami blickt auf die DDR zurück“ und Mitglied der Linken, wurde kürzlich anlässlich seines 95. Geburtstages in der "jungen Welt" interviewt. Er äußerte am Schluss des Gesprächs einen beachtenswerten Wunsch. Beachtenswert für uns Mitglieder der Partei DIE LINKE:

„Aber ich sehne mich auch nach einer kämpferischen linken Partei. Nach einer Partei in Bewegung, mit Demos, mit Kampagnen für Enteignungen. Mit Musik und Witz. Nach einer Bewegung für die arbeitenden Menschen, für die Älteren und die Kinder. Und den Frieden. Und wenn sie entsteht - auf die eine oder andere Art -, dann kämpfe ich mit, solange ich kann.“

Junge Welt vom 11./12. März 2023, S. 2

FOTO: ANDRES SIIMON / UNSPLASH.COM

Photovoltaik-Strategie für Frankfurt

Chancen und Herausforderungen für die Energiewende

Über 800 Hektar Fläche sind derzeit in Frankfurt im Gespräch zur Errichtung von Solaranlagen. Flächenkonflikte und Akzeptanzprobleme sind vorprogrammiert. Nötig ist deshalb ein klarer Kriterienkatalog, auf welchen Flächen PV-Anlagen überhaupt Sinn ergeben. Mehr Akzeptanz für die Energiewende lässt sich zudem durch eine bessere finanzielle Beteiligung der Kommune und eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger wie etwa über Mieterstrommodelle erzeugen. Vision ist eine sichere, bezahlbare und klimaschonende Energieversorgung in Frankfurt

von Stefan Kunath

Derzeit liegen 24 Anfragen zur Errichtung von PV-Freiflächenanlagen bei der Stadtverwaltung in Frankfurt (Oder) vor. Sie umfassen eine potentielle Gesamtfläche von derzeit 837 ha. Zum Vergleich: Das entspricht etwa 1.170 Fußballfeldern! Aus diesem Grund beschäftigte sich der Stadtentwicklungsausschuss auf seiner Sitzung am 10. Mai mit einer möglichen kommunalen Photovoltaik-Strategie.

Solaranlagen sind von maßgeblicher Bedeutung für die Energiewende. Bei 837 Hektar potentieller Gesamtfläche sind jedoch Flächenkonflikte vorprogrammiert. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen per Gesetz im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Allerdings wird die Energiewende nur dann erfolgreich sein, wenn die Anlagen in den Standortgemeinden von den Anwohnerinnen und Anwohnern akzeptiert werden. Daher ist es notwendig, eigene Kriterien zu entwickeln. Hier sind einige Vorschläge zur Diskussion:

Ausbau von Solaranlagen auf Dachflächen

Eine Variante ist der systematische Ausbau von Dachflächen städtische Gebäude und von kommunalen Gesellschaften und Beteiligungen. Denkbar ist eine Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und der Wohnungswirtschaft, um dort den Ausbau von PV-Anlagen voranzutreiben und – abhängig vom Geschäftsmodell – Mieterinnen und Mieter über eine Senkung der Betriebskosten oder über Mieterstrommodelle perspektivisch direkt zu entlasten. Im Gegensatz zu PV-Freiflächen haben PV-Dächer den Vorteil, kaum in Konflikt mit anderen Nutzungen zu stehen.

Kriterien für PV-Freiflächen definieren

Für Freiflächen-Photovoltaikanlagen braucht es klare Kriterien zur Standortwahl. Die LINKE-Gemeindevertreterin in Steinhöfel Dr. Janina Messerschmidt hat hierzu folgende Überlegungen angestellt: 1. die Flächenbegrenzung (PV-Anlagen auf maximal 5 % der landwirtschaftlichen Flächen), 2. die Standortwahl (keine Umzingelung von Dörfern, keine Zerstückelung von landwirtschaftlichen Flächen), 3. die Anlagen (naturverträgliche Umzäunung), 4. die Sichtbarkeit (mindestens 100 Meter entfernt von Dörfern, keine Sichtbarkeit aus Wohngebäuden), 5. die Bodenqualität (keine Anlagen auf Böden mit hoher Ackerzahl), 6. die Natur- und Artenschutz-Verträglichkeit, 7. die Ausgleichsmaßnahmen (in den betroffenen Ortsteilen in Absprache mit den Ortsbeiräten), 8. die Rückbaupflicht und 9. die regionale Wertschöpfung (regionale Stromtarife und finanzielle Beteiligung der Kommune). Fraglich ist, ob ein Kriterienkatalog tatsächlich Auswirkungen haben wird. Meiner Auffassung nach entfalten Kriterien nur dann Wirkung, wenn der Flächennutzungsplan von Frankfurt entsprechend geändert wird und Flächen, die den Kriterien entsprechen, tatsächlich zu Sondergebieten für Freiflächen-PV umgewandelt werden. Andernfalls hat der Kriterienkatalog lediglich deklaratorischen Charakter, weil Solaranlagen laut Bundesgesetzgeber dem öffentlichen Interesse dienen.

Bezahlbare Strompreise

PV-Freiflächenanlagen sollten zur finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und von Unternehmen dienen. Hiernach würden die meisten PV-Freiflächen (rund 600 Hektar) innerhalb der nächsten 2,5 Jahre planerisch festgesetzt werden. Über sogenannte Power Purchase Agreements (PPAs) zwischen einem Stromerzeuger und einem Abnehmer, in der Regel einem privaten Unternehmen, verpflichten sich beide, über einen langfristigen Zeitraum bestimmte Solarstrommengen zu erzeugen und abzunehmen. Das bedeutet mehr Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit in der Stromerzeugung, weniger Risiko durch Schwankungen auf dem Energiemarkt, eine bessere Budgetplanung und eine stabilere Kalkulation der Energiekosten über einen längeren Zeitraum. Zudem eröffnet diese Strategie die Möglichkeit, einen Bürgerfonds zur finanziellen Partizipation zu begründen, wie die Stadtverwaltung ausführte, allerdings ohne weiter ins Detail zu gehen. Zudem biete dieser Ansatz eine gute Ausgangsbasis für die kommunale Wärmeplanung.

Offene Fragen

Die Debatten werden in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen. Zu prüfen ist, wie sich der Ausbau der Netze gestalten lässt, wie die Kosten der Netzentgelte sinken können, welche Auswirkungen die unterschiedlichen planerischen Überlegungen für die Stadtwerke Frankfurt haben und welche Rolle die kommunalen Stadtwerke im Prozess überhaupt spielen können.

Aus meiner Sicht muss das Ziel sein, die Versorgungssicherheit mit bezahlbarer Energie zu sichern, die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien zu stärken, Flächenkonflikte zu minimieren, den Stadtwerken beim Ausbau eine Schlüsselrolle zukommen zu lassen und die Bürgerinnen und Bürger nach Möglichkeit an der Energiewende zu beteiligen, etwa durch Mieterstrommodelle oder einen Bürgerfonds. An diesen Leitbildern werde ich eine künftige kommunale PV-Strategie messen lassen.

DIE LINKE für Gewerbesteuer

von Stefan Kunath

FOTO: IBRAHIM BORAN / UNSPLASH.COM

In der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) wurde ein Antrag der LINKEN zur Ansiedlung von Betreibergesellschaften von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) innerhalb des Stadtgebiets abgelehnt. Der Antrag hatte zum Ziel, die finanzielle Beteiligung von Frankfurt (Oder) an der Gewerbesteuer zu erhöhen.

Die Solarpark Frankfurt (Oder) GmbH und Co KG betreibt zwei Solaranlagen in der Nähe der Max-Hannemann-Straße, doch ihren Firmensitz hat die Betreibergesellschaft, anders als ihr Name vermuten lässt, nicht in Frankfurt, sondern in Ellzee. Ellzee liegt mehr als sieben Autostunden von Frankfurt (Oder) entfernt zwischen Neuburg an der Kammel und Ichenhausen. Wer das noch immer nicht einordnen kann: Ulm ist die nächstgrößere Stadt.

Der Vorschlag der LINKEN sah vor, dass der Oberbürgermeister im Rahmen seiner kommunalen Möglichkeiten darauf hinwirkt, dass Solarpark-Betreiber ihren Firmensitz freiwillig innerhalb von Frankfurt (Oder) ansiedeln. Derzeit haben viele Betreiber ihren Unternehmenssitz in anderen Gemeinden, was zur Aufteilung der Gewerbesteuer auf mehrere Gemeinden führt.

Die Gewerbesteuer bei Windkraft- und Solaranlagen wird seit 2021 zu zehn Prozent nach dem Verhältnis der Arbeitslöhne und zu 90 Prozent nach dem Verhältnis der installierten Leistung der Anlagen verteilt. Durch einen Firmensitz in der Standortgemeinde, hier Frankfurt (Oder), würde diese nun vollständig an der Gewerbesteuer beteiligt.

Trotz des Ziels, das Gewerbesteuersplitting zu beenden, konnte sich der Antrag der LINKEN nicht durchsetzen. Als problematisch wurde erachtet, dass der Antrag lediglich symbolische Bedeutung habe, weil die Betreibergesellschaften, wenn sie sich denn in Frankfurt (Oder) ansiedelten, jederzeit den Firmensitz wieder wechseln könnten. Allerdings hatte auch meine Fraktion auf den symbolischen Inhalt hingewiesen. Ziel des Antrags war es gewesen, dem Oberbürgermeister weitere Argumente bei Verhandlungen mit etwaigen Betreibern an die Hand zu geben, die Gewerbesteuer in Gänze in Frankfurt (Oder) zu entrichten, eben weil es einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordneten hierzu gibt.

Auch wenn es letztlich keine Mehrheit für unseren Antrag gab, bleibt das Thema auch zukünftig relevant. Vor dem Hintergrund, dass derzeit 24 Anfragen zur Errichtung von PV-Freiflächenanlagen in Frankfurt (Oder) vorliegen, die eine potenzielle Gesamtfläche von 837 Hektar umfassen, wird die finanzielle Beteiligung von Frankfurt (Oder) durch die Gewerbesteuer ein wichtiger Aspekt bleiben, um für Akzeptanz vor Ort für die Energiewende zu werben.

Im Gedenken an Josef Lenden

Es ist nun schon einige Tage her, seit wir die traurige Nachricht erhalten haben.

Der Schock sitzt immer noch tief und wir sind noch immer fassungslos über den Verlust eines so wertvollen Menschen.

Josef Lenden war für uns nicht nur Fraktionsmitglied für die Fraktion DIE LINKE / BI Stadtumbau, sondern für viele auch ein Freund und Vorbild.

Sein unermüdlicher Einsatz für unsere Stadt hat uns stets inspiriert und angespornt bei unserer politischen Arbeit.

Seine Leidenschaft und Hingabe für unsere Oderstadt und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger Frankfurts werden uns immer in Erinnerung bleiben.

Mit Josef verlieren wir einen wertvollen Mitstreiter und eine Persönlichkeit, der die Menschen immer in das Zentrum seines Handelns stellte. Wir werden ihn schmerzlich vermissen, doch sein Vermächtnis wird uns weiterhin begleiten und uns motivieren, uns auch weiterhin für eine bessere Zukunft einzusetzen.

Lieber Josef, wir sind unendlich dankbar für die gemeinsame Zeit und die Erinnerungen, die wir mit dir teilen dürfen. Du wirst in unseren Herzen weiterleben. Ruhe in Frieden.

Die letzten Worte überlassen wir dem ehemaligen Mitglied unserer Fraktion in der SVV - Axel Henschke, der es besser ausdrückt, als wir es momentan können:

"Der Tod des Frankfurter Stadtverordneten und in vielen anderen Bereichen des Stadtlebens aktiven Josef Lenden berührt tief die Herzen vieler Menschen hierzulande beiderseits der Oder.

Vom Niederrhein zu uns gekommen, war sein Leben geprägt vom bürgerschaftlichen Engagement, vor allem für die sozial Benachteiligten und besser noch mit ihnen. Heute erinnern wir uns, und wir sind sehr viele und auch sehr unterschiedlich, mit Dankbarkeit an ihn und an sein Wirken. Als wir beide uns vor vielen Jahren am Bierstand zum Altstadtfest kennen lernten, wurde ich von meinen Freunden der Frankfurter Antifa vor Josef als einem Rechtsextremisten gewarnt. Mit so einem spräche man nicht. Nun bleibt der Stuhl desselben Menschen Josef Lenden in der Fraktion DIE LINKE / BI Stadtumbau leer. Zuvor war er auch schon mit CDU wie auch FDP in gemeinsamen Fraktionen in der SVV. Ein politisches Chamäleon von braun über schwarz und gelb zu rot? Mitnichten! Gerade wegen vieler Ereignisse, deren Zeugen oder Akteure wir beide - zumeist nicht gemeinsam - waren, will es mir scheinen als wäre es zu kurz gedacht, aus diesem politischen Farbenwechsel auf ein unstetes Wesen zu schließen. Ich denke, Josef folgte klar seiner Lebenslinie, inmitten der Menschen und im Engagement für sie eigene Kraft, Bestätigung und Erfüllung zu finden. In der Tat. Und als Lernender. Immer auf der Suche nach praktischen Lösungen für konkrete Probleme und zugleich Seelentröster, Wärmespender, Urkumpel, auch dank seines rheinischen Gemüts, von dem wir Oderländer ruhig einen kräftigen Schuss mehr gebrauchen könnten.

Er wird an vielen Stellen fehlen, an denen es nun vielleicht auch hilfreich sein kann, nicht nur die schmerzliche Lücke zu beklagen, sondern sich mit dem Wesen seines Beitrags als Lernstoff für eigenes Handeln zu befassen. Josef Lendens Leben ist in jedem Fall dessen würdig.

Angelika und mich hast Du zumindest gelehrt, dass es immer lohnt, miteinander im Gespräch zu bleiben.

In Dankbarkeit."

Nachruf für Josef Lenden *von Christian Lehmann*

Eigentlich weiß ich gar nicht, wie ich diesen Nachruf schreiben soll...

Mit Josef Lenden haben wir einen Menschen verloren, einen sehr guten Freund, Mitstreiter und Helfer.

Am 24.04.2023 erhielt ich die Nachricht, dass sich unsere Lenné-Park Umweltrunde im Diebels treffen sollte. Sonja Gudlowski berichtete über den Zustand von Josef, und es sah nicht gut aus. Einen Tag später, am 25.04.2023, erhielt ich die Nachricht von Josef Lendens Tod. In diesem Moment brach für mich eine Welt zusammen. Ich habe Josef immer als sehr guten Freund gesehen. Ob es in der Umweltgruppe im Lenné-Park war, in der Loge 8 oder als Mitstreiter in der Fraktion. Unsere Umweltgruppe Lenné-Park wurde im April 2017 von Sonja und Peter Gudlowski gegründet.

Josef und ich kamen etwas später zur Gruppe. Es war unser Anliegen, den Lenné-Park sauber und ordentlich zu halten. Deshalb trafen wir uns einmal

wöchentlich mit Müllbeutel und Greifzange, um den Müll einzusammeln.

Josef hatte immer ein offenes Ohr für Sorgen oder Probleme. Man konnte mit ihm über alles reden. Bei unseren Treffen hatten wir auch eine Menge Spaß. Anschließend trafen wir uns im Diebels und tranken gemeinsam einen Kaffee oder Saft. Josef liebte es, seine Kartoffelspalten zu essen. Natürlich haben Josef, ich und die anderen Mitglieder der Gruppe versucht, weitere Menschen dazu zu motivieren, mitzumachen. Aber es ist sehr schwierig. Die meisten finden zwar gut, was wir tun, aber sie wollen nicht mitmachen. Inzwischen sind wir eine kleine Gruppe von sieben Personen, die sich einmal wöchentlich treffen, um den Lennépark sauber zu halten. Einen Menschen wie Josef Lenden wird es nie wieder geben. Ich werde ihn sehr vermissen.

Danke, lieber Josef, für alles.

Alle Straßen für alle!

von Anja Kreisel

Die zweite "Kidical Mass Frankfurt (Oder) forderte am 6.5.2023 „Straßen für alle!“. Vertreter:innen verschiedener Initiativen und ich selbst sprachen vor Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen über kindgerechten Verkehr.

„Liebe Kinder, Jugendliche, liebe Erwachsene,

Nicht Kinder sollen verkehrsgerecht werden, sondern der Verkehr kindergerecht!

Verkehr kindgerecht zu gestalten dafür haben sich 1989 sehr viele Länder, auch Deutschland verpflichtet. In dem Jahr haben sie nämlich den Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zugestimmt. Diese verbindlichen Rechte gelten eigens nur für Kinder und betreffen u.a. Umweltschutz, Gesundheit, Fürsorge, Bildung und vieles mehr.

Vor einigen Jahren hat Frankfurt (Oder) dann noch einmal die Frankfurter Kindercharta geschrieben - Vorbild war die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Mit der Überreichung an sich selbst und durch die Verabschiedung in der Stadtverordnetenversammlung haben sie sich selbstverpflichtet, dass alle Kinder gesund und sicher leben und selbstbestimmt aufwachsen können. Das ist ein Versprechen der Erwachsenen an alle Kinder und Jugendliche.

Artikel 3 besagt: **Alle Kinder haben das Recht auf Förderung und Teilhabe**

Sie müssen in ihrer Mobilität gefördert werden, damit sie sich sicher und eigenständig im Verkehr bewegen können. Für eine kindergerechte Stadt braucht es sichere Schulwege, Spielstraßen oder verkehrsberuhigte Zonen in Wohngebieten. Darüber hinaus müssen Erwachsene als Vorbild agieren und Kindern zeigen, wie man sich sicher im Straßenverkehr bewegt.

Als Anwohnerin der Gubener Straße und als Mutter eines Schulkindes an der Grundschule Mitte erlebe ich jeden Morgen, dass die größte Gefahr für Kinder zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule, Elterntaxis sind. Wir Erwachsene werden somit zur Hürde.

FOTO: TOM BERTHOLD

Dabei ist der Weg zur Schule ein wertvolles Lernfeld für Kinder. Eine Studie der WHO kam zum Ergebnis, dass Kinder, die zu Fuß zur Schule kommen, wacher, konzentrierter und auch weniger aggressiv sind, als jene, die mit dem Auto zur Schule gebracht wurden. Lassen wir Kinder die letzten Meter zur Schule gehen bzw. mit dem Fahrrad fahren.

Artikel 5: **Alle Kinder haben das Recht auf Freizeit Spielen und Erholung**

Kinder sollen sich in Frankfurt überall sicher bewegen und begegnen. Wenn sie aber auf ihren Wegen in ihrem Sichtfeld eingeschränkt werden, weil Autos dieses versperren oder verdecken, auch an Stellen, wo sie es gar nicht dürfen, wird das Kinderrecht mutwillig eingeschränkt.

Artikel 6: **Alle Kinder haben das Recht auf Beteiligung und Mitbestimmung**

Sie bestimmen mit und sind durch uns Erwachsene einladend anzusprechen, zu informieren und zu beteiligen. Das betrifft die Planung von sicheren Geh- und Radwegen, der Gestaltung von Spielstraßen oder verkehrsberuhigten Zonen. Ihre Ideen und Vorschläge müssen gehört werden.

Meine Bitte an Frankfurter Kinder und Jugendliche:

Nehmt eure Rechte wahr. Nur so könnt Ihr dazu beitragen, dass der Straßenverkehr sicherer und kindgerechter wird.

Die Verkehrswende beginnt in den Köpfen und erst dann wenn wir den Straßenverkehr ernsthaft von den Schwächsten her denken. Dies muss sich endlich in der Verkehrs- und Stadtplanung zeigen. Sie spiegelt wider, wie ernst wir es mit dem Kindeswohl meinen.

Mögliche Lösungsansätze:

- Schulstraßen und Zonen ohne/ mit temporären Autoverkehr
- Fahrradstraßen als flächendeckendes Netz und Grundlage für ein sicheres Schulwegnetz
- Straßen ohne Durchgangsverkehr in Wohngebieten (Kiezblocks in Berlin oder Superblocks in Barcelona)
- geschützte/baulich getrennte, breite Radwege an Hauptverkehrsstraßen und Landstraßen sowie geschützte Kreuzungen (nach niederländischem Vorbild)

Ich fordere unsere Stadtverwaltung zudem auf, sich dem Bündnis "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" anzuschließen. Wer Staus, Klimawandel, Lärm- und Umweltbelastungen wirklich wirksam etwas entgegensetzen möchte und eine Stadt für alle anstrebt, leistet mit dieser Initiative einen wichtigen Beitrag. Lebenswerte Städte lassen sich nämlich auch durch angemessene Geschwindigkeiten realisieren.

Für echten Wandel müssen wir auch unpopuläre Entscheidungen treffen. Viele Städte zeigen, dass sich die Umsetzung lohnt - es ist Zeit, dass wir nachziehen!

Wie weiter? Die Durchschnittsgeschwindigkeit beträgt in Frankfurt 22km/h, die Wege sind kaum barrierearm, daher ist es mein Ziel, den motorisierten Individualverkehr zu vermindern, den Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes, der barrierearmen Wege in der Stadt und ins Umland weiter voranzutreiben. Unser Kommunalwahlprogramm spiegelt die Ziele des Bündnisses Lebenswerte Städte wider. Folgerichtig ist also der Beitritt.

Ein entsprechender Antrag meinerseits wurde daher der Fraktion vorgelegt. Nach intensiver Diskussion innerhalb der Fraktion haben wir uns darauf geeinigt, diesen in den notwendigen Ausschüssen zu abzuklopfen, bevor er dann in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird.

FOTO: JANNIS FUNK

Vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz geht anders

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Einsatz von KI in Bundesbehörden gab die Bundesregierung an, in mehr als 100 Fällen verteilt auf 12 Bundesministerien und ihre nachgeordneten Behörden KI-Systeme zu nutzen. Trotz starkem Zuwachs fehlt es weiterhin an Kompetenzen, Strukturen und verbindlichen Prozessen, um die notwendige Transparenz und Nachvollziehbarkeit herzustellen und die potenziellen Risiken sowohl bewerten, als auch einschränken zu können. Auch die Nachhaltigkeit der KI-Systeme spielt kaum eine Rolle. Dazu erklärte Anke Domscheit-Berg, digitalpolitische Sprecherin der Fraktion, am 23. Mai 2023: "Die Bundesregierung betont immer wieder, wie wichtig es sei, dass KI wertebasiert, gemeinwohlorientiert, transparent und nachvollziehbar eingesetzt wird, damit Vertrauen aufgebaut wird und die Akzeptanz steigt. Gelebt wird beim Bund das Gegenteil: Die Schere zwischen KI-Befähigung und KI-Einsatz geht weiter auseinander und hat im Bund ein erschreckendes Ausmaß angenommen, denn immer mehr KI-Systeme werden eingesetzt, ohne dafür die notwendigen Grundlagen zu schaffen." Portrait von Anke Domscheit-Berg im Paul-Löbe-Haus

www.linksfraktion.de

FOTO: BEN GROSS

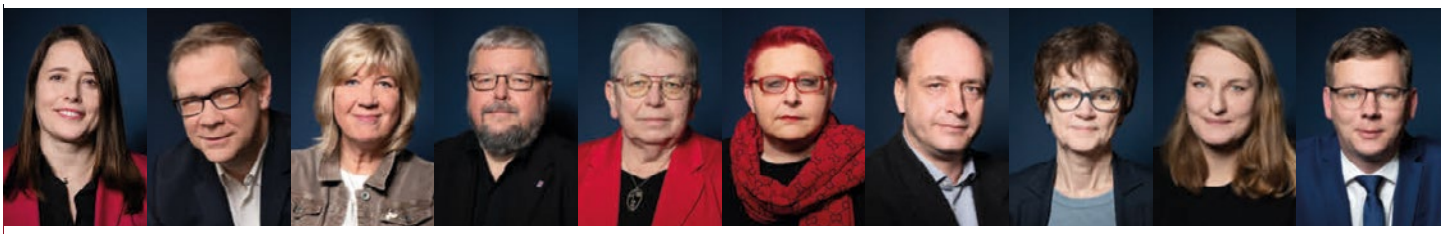
Grund- und Menschenrechte uneingeschränkt wahren

Gemeinsame Erklärung der rechtspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN aus Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie der rechtspolitischen Sprecherinnen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zur Wahrung von Bürgerinnen- und Bürgerrechten, insbesondere des Versammlungsrechts, anlässlich der 94. Konferenz der Justizministerinnen und -minister am 25. und 26. Mai 2023 in Berlin:

Mit großer Sorge nehmen wir die in den vergangenen Monaten und Wochen aggressive Stimmung gegen die Organisation "Letzte Generation" wahr, die vor allem von rechten und rechtskonservativen Politikerinnen und Politikern befeuert wird: Sie diffamieren Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten, verlangen Strafschärfungen gegen sie sowie die Ausweitung der in Bayern bereits existierenden Präventivhaft und fordern zuletzt sogar das Verbot der Organisation "Letzte Generation". In der hitzigen Diskussion um die Kriminalisierung der Klimaproteste treten dabei die im Grundgesetz garantierten Bürgerinnen- und Bürgerrechte vermehrt in den Hintergrund.

www.linksfraktion-brandenburg.de

912 TAGE
BILANZ ZUR HALBZEIT DER LEGISLATURPERIODE 2019 BIS 2024



www.linksfraktion-brandenburg.de

Grenzkontrollen und Mauern lösen keine Probleme

Zum Streit in der rot-schwarz-grünen Brandenburger Landesregierung um die Forderung der CDU und des Brandenburger Ministerpräsidenten, Kontrollen an der Landesgrenze einzuführen, erklärt der Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter:

FOTO: DIG / THOMAS KLÄBER

Wie so oft in den letzten Jahren versagt die Brandenburger Landesregierung insbesondere in Krisenzeiten und agiert planlos. Militärische Grenzkontrollen sind doch keine tatsächliche Lösung, genauso wie alle weltweit gebauten Zäune. Egal, wie viele Kontrollen es gibt und wie hoch die Mauern sind, sie lösen die Probleme nicht. Deshalb ist das eine Geisterdebatte.

Nötig ist eine verbindliche Vereinbarung zur solidarischen Verteilung von Flüchtenden. Nötig ist, dass der Bund seinen Beitrag an der Flüchtlingsfinanzierung leistet und nicht pauschal deckelt. Nötig ist, diesen Beitrag wieder an der realen Anzahl der aufgenommenen und zu versorgenden Geflüchteten auszurichten. Und nötig ist - auch in Brandenburg - entsprechend Wohnungen, Kitas und Schulen zu bauen. Damit können wir die Kommunen hier konkret unterstützen.

Die aktuelle Debatte ist nichts anderes als ein billiges und durchsichtiges Wahlkampfmanöver, das unsere Gesellschaft spaltet.

www.linksfraktion-brandenburg.de

FOTO: TOM BERTHOLD

Der Verschiebebahnhof der Verantwortlichkeiten muss ein Ende haben!

Christian Görke kritisiert die Behörden für die anhaltende Sperrung des Helenesees und fordert ein klares Finanzierungskonzept, einen Zeitplan für die Sanierung des Sees und betont, dass Land, Bund und die LMBV in der Verantwortung stehen, die Interessen der Region zu berücksichtigen.

„Es ist nicht mehr erklärbar, dass die zuständigen Behörden bzw. Ministerien in Land und Bund sich weiterhin wegducken und niemand sich verantwortlich fühlt. Die Sperrung des beliebten Badesees hat die Region um Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt schwer getroffen und jeder weitere Sommer ohne Nutzungsmöglichkeit ist eine Katastrophe für die Region. Es braucht nach zwei Jahren Sperrung endlich Klarheit für den Helenesee. Dabei sind Land, Bund und die LMBV, als Rechtsnachfolgerin des ehemaligen Tagebaus im Braunkohlerevier Finkenheerd, in der Verantwortung, gemeinsam schleunigst ein tragfähiges Konzept zur Finanzierung der Sanierung und einen Zeitplan auf die Beine zu stellen! Ich finde schon, dass ein wenig Tesla–Geschwindigkeit beim Helenesee auch angebracht ist. Aber hier geht es ja „nur“ um die Interessen der Region.

Tania - die Wahrheit über eine Kämpferin

über Tamara Bunke - eine Ausstellung im Kleistforum

Prof. Dr. Oliver Rump: Eine außergewöhnliche Frau, eine Kämpferin und Revolutionärin

von Ella Schleese

Bis zum 11. Juli war sie zu sehen, die eindrucksvolle Ausstellung über Tamara Bunke. In Argentinien geboren, hat sie die Jugend in Eisenhüttenstadt erlebt und ist im fernen Bolivien im Kampf gefallen.

Wer kennt sie nicht in unserer Region?

Diese Ausstellung ist das Ergebnis eines Forschungsobjekts der Hochschule für Technik und Wissenschaft Berlin. Prof. Dr. Oliver Rump, der Initiator der Ausstellung, hat sie mit einem Studentenkollektiv erarbeitet.

Bei der Eröffnung der Ausstellung im Kleistforum am 14. April waren mit Prof. Dr. Oliver Rump ebenfalls, Juana Martinez Gonzáles, Botschafterin der Republik Kuba in Deutschland, deren Stellvertreterin Ivet Lopez und Wolfgang Neumann, Vorsitzender der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zugegen. Wolfgang Frotscher, Leiter der Frankfurter Gruppe von Cuba si, begrüßte sie auf das herzlichste wie auch die zahlreich erschienenen Frankfurter.

Achtzehn großformatige Tafeln schildern eindrucksvoll in Wort und Bild das Leben und Wirken von Tamara Bunke in den revolutionären Kämpfen auf Kuba, in Guatemala und Bolivien.

Prof. Dr. Oliver Rump führte durch die Ausstellung. Und das war das Besondere an dieser Eröffnung. Die Wissensvermittlung durch Wort und Bild ist die eine Seite. Die engagierten Ausführungen des Initiators dieser Ausstellung, die seine persönliche Anteilnahme und seine Verantwortung für dieses Projekt erkennen ließen, vermittelten den Zuhörern ein emotionales, lebendiges Bild von Tamara Bunke, dieser leidenschaftlichen Kämpferin für die kubanische Revolution, für eine gerechte menschliche Gesellschaft.

Tamara Bunke, eine allseitig interessierte Frau, sportlich, sprachbegabt und äußerst klug, beweist uns, dass man viel erreichen kann, wenn man sein Ziel nicht aus den Augen verliert. Ihr tragisches Schicksal berührt tief.

Was für ein schöner Abend!

von Christian Lehmann

Am 11.05.2023 wurde im Kabarettkeller der "Oderhähne" das neue Buch von Erik Rohrbach vorgestellt. Und es war ein sehr schöner und lustiger Abend. Vorgestellt wurde sein neues Buch "Selten so gelacht". Mittlerweile sein 52. Miniaturbuch!!

Es wurde eine satirische Lesung aus diesem Buch veranstaltet. Viele kleine und lustige Geschichten wurden abwechselnd von Erika Gütschow und Erik Rohrbach vorgetragen. Das Vorwort in diesem Buch stammt von Wolfgang Flieder, dem Leiter der Oderhähne. Insgesamt umfasst das Buch 32 lustige und schöne Geschichten, und es wurde auch sehr viel gelacht. Als ein sehr großer Fan von Erik Rohrbach und seinen Miniaturbüchern habe ich mittlerweile 20 seiner Bücher. Natürlich habe ich mir auch sein neues Buch zugelegt.

Es enthält auch 12 Bilder von unter anderem Bärbel Hesse, Brigitta Eberhardt, Brigitta Schulz, Erika Ebert, Heidi Köhler, Heike Wohmann, Karla Siering, Marianne Gust, Renate Beck, Ruth Sturm, Sabine Anders und Doris Benna.

Natürlich hoffe und wünsche ich mir, dass noch einige seiner Bücher folgen werden. Es macht einfach Lust und Spaß, seine Bücher zu lesen. Ich kann es nur empfehlen. Hier sind zwei kleine Beispiele aus dem Buch: „Können die das? - Ich holte die Polizei und ließ mir die Unschuld meiner Frau bestätigen.“' oder zum Beispiel „Verzicht - Ich hatte keinen Alkohol getrunken. Bei Ihren Versicherungsprämien kann ich mir das gar nicht leisten“.

Ich kann nur eins dazu sagen - Danke, Erik.

In eigener Sache

von Anja Kreisel, Leiterin der AG Der Rote Hahn

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Anfang 2022 erscheint unser Informationsblatt nur noch unregelmäßig. Dafür gibt es verschiedene Ursachen. So wurde Anfang 2022 der Druck ausgelagert. Dies zog Unwägbarkeiten insbesondere beim Faktor Zeit, aber auch beim Herstellungspreis nach sich. Hinzu kommen Probleme im internen Teil des Erstellungsprozess, etwa beim Redigieren und beim Layout. Insgesamt dauert der Prozess zwischen Einsendeschluss für Beiträge bis zum Erscheinen der Ausgabe z.Z. etwa 43 Tage (6 Wochen). Ein Zustand, der uns nicht erfreut. Wir arbeiten deshalb an einer Optimierung dieses Prozesses. Derzeit gehen wir davon aus, dass es zukünftig nur noch vier bis fünf Ausgaben im Jahr geben wird, die im Durchschnitt aller zehn Wochen erscheinen. Zugleich sind wir dabei, das Layout des Informationsblattes unseres Kreisverbandes zu verändern und es inhaltlich neu zu strukturieren. So veröffentlichen wir Veranstaltungstermine seit der Ausgabe 02.2023 auf der letzten Seite. Ein Blatt, dass nicht mehr monatlich erscheint, muss auch anders informieren. Dies hat Auswirkungen auf den Inhalt von Beiträgen, die veröffentlicht werden. So sind z. B. Berichte über Veranstaltungen und Ereignisse, die zwei oder gar drei Monate zurückliegen, Schnee von gestern. Aber wir wollen all diese Herausforderungen nicht ohne euch (Sie) stemmen und bitten um eure (Ihre) Anregungen und Meinungen (persönlich, per Brief oder per E-Mail). Wer von euch (Ihnen) in der AG Der Rote Hahn mitmachen will, ist herzlich willkommen (Kontakte siehe Impressum).

Ein weiteres Ziel ist, die gedruckte Ausgabe in mehr Haushalte unserer Stadt zu bringen. Dafür brauchen wir ebenfalls eure (Ihre) Unterstützung. Ziel ist es Teams in allen fünf Stadtteilen zu bilden, die die Verteilung des Der Rote Hahn und anderer Infomaterialien der LINKEN in ihren Stadtteilen übernehmen. Wer bereit ist, da mitzumachen, melde sich bitte bei der Kreisgeschäftsstelle:

Tel.: 0335 400 2047
E-Mail: geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

TRIFF UNS

BEIM CITYFLOHMARKT
IN DER MAGISTRALE
5.8., 2.9., 7.10.
HÖHE EISCAFÉ BELLINI

THEMEN:
UNSERE AKTUELLE POLITISCHE ARBEIT
FÜR FRANKFURT (ODER)

DIE LINKE.

Sprechzeiten der Kreisgeschäftsstelle

Dienstag	10:00 – 18:00 Uhr
Kassenzeit am Di	13:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag	09:00 - 10:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar.

THEMENCAFÉ

AN JEDEM ERSTEN MONTAG
IM MONAT, IMMER UM 17.00 UHR

THEMEN, DIE FRANKFURT
BEWEGEN.
PROBLEME, DIE MIT LINKS
GELÖST WERDEN KÖNNEN.

DIE LINKE. FRANKFURT (ODER)
BERLINER STRASSE 38

DIE LINKE.

Thema am 07. August 2023, 17:00 Uhr

Neue fremde Nachbarn!

Was bringen sie mit?

Was erwarten sie von uns?

Wie geht es ihnen bei uns?

Wie geht es uns mit ihnen?

LINKE Sozialberatung

Wir kämpfen als LINKE seit Jahren für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, hohe Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Besteuerung, bei der Arme entlastet und Reiche mehr zur Kasse gebeten werden.

Solange wir das noch nicht erreicht haben, ist praktische Hilfe für alle Menschen wichtig, die gerade Schwierigkeiten haben um die Runden zu kommen und größtenteils im Stich gelassen werden. Viele Menschen mit geringem Einkommen sind anspruchsberechtigt, auch ohne Hartz IV!

Beratungsangebot zu Arbeitslosengeld I und II, Mindestsicherung im Alter und weiterem, Begleitung zum Jobcenter.

Freitags von 10:15 bis 13:00 Uhr
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)

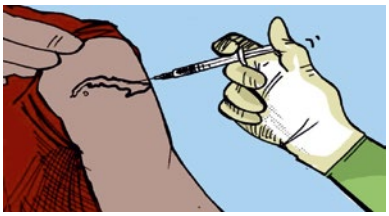
E-Mail: joachim.wawrzyniak@dielinke-ffo.de
Telefonische Beratung erhalten Sie bei Joachim Wawrzyniak unter: 0152 02031077.
Weitere Informationen gibt auf www.dielinke-ffo.de

Cubasi Ffo

Helft Cubas Ärzten!

Aktuell ganz besonders wichtig:

- Verbrauchsmaterial wie Katheter, Kanülen, Spritzen, Handschuhe, Nahtmaterial
- *Rollstühle, Rollatoren*
- *Gehhilfen, Orthesen*
- *diverse medizinische und orthopädische Hilfsmittel*
- *Verbands- u. ä. Material (**Achtung:** Sterilität und langfristiges Ablaufdatum notwendig!)*



Absprachen zu Art, Menge und Anlieferung bzw. Abholung bitte über
info@cubasi-ffo.de
Wolfgang Frotscher
Tel.: 0335/60688054

Cubasi
Regionalgruppe Ffo

Übrigens: ***Fahrräder*** (voll funktionsfähig) sind immer gefragt!

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
02. August 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
- Geschäftsstelle der LINKEN
- Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
05. August 2023, ab 10:00 Uhr
LINKER Stand auf dem cityFLOHMARKT
- Magistrale nähe Brunnenplatz, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
07. August 2023, 17:00 Uhr
Themencafé: Neue fremde Nachbarn
- Geschäftsstelle der LINKEN
- Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Friedensnetz Frankfurt (Oder) & Partner:innen
09. August 2023, 16:00 bis 18:00 Uhr
Stilles Gedenken aus Anlass der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki
- Brunnenplatz, 15230 Frankfurt (Oder)

Cuba sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)
09. August 2023, 19:00 Uhr
Treffen der Regionalgruppe
- Havanna-Bar
- Ziegelstr. 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
23. August 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
- Geschäftsstelle der LINKEN
- Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
31. August 2023, 18:00 Uhr
Fraktionssitzung
- Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn
- Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

Friedensnetz Frankfurt (Oder) & Partner:innen
01. September 2023
Weltfriedenstag / Antikriegstag
nähere Informationen werden veröffentlicht auf:
www.dielinke-ffo.de

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
02. September 2023, ab 10:00 Uhr
LINKER Stand auf dem cityFLOHMARKT
- Magistrale nähe Brunnenplatz, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
04. September 2023, 17:00 Uhr
LINKES Themencafé
- Geschäftsstelle der LINKEN
- Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
07. September 2023, 15:00 Uhr
Gespräch mit Stadtverordnete Karin Muchajer
- Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Str. 38

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
07. September 2023, 18:00 Uhr
Fraktionssitzung
- Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn
- Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
13. September 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
- Geschäftsstelle der LINKEN
- Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

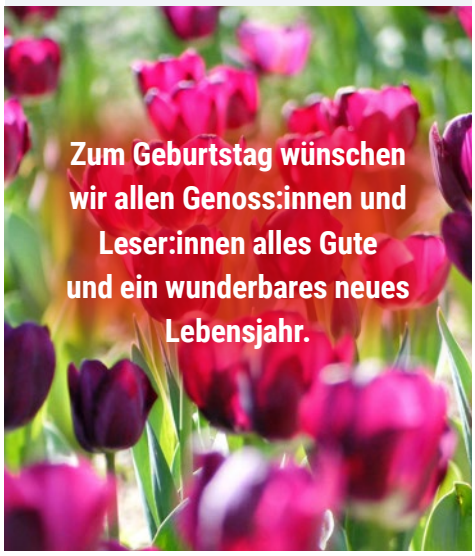
Cuba sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)
13. September 2023, 19:00 Uhr
Treffen der Regionalgruppe
- Havanna-Bar
- Ziegelstr. 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
14. September 2023, 18:00 Uhr
Fraktionssitzung
- Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn
- Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

RotFuchs Regionalgruppe Frankfurt (Oder)
15. September 2023, 15:00 Uhr
Gespräch über die Oppositionsarbeit der LINKEN
Vorsitzender DIE LINKE. Brandenburg und Linksfraktion im Landtag Brandenburg
- Begegnungsstätte „Oderblick" der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e. V.
- Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
20. September 2023, 15:00 Uhr
Beratung der Sprecher:innen der BOs und AGs
- Geschäftsstelle der LINKEN
- Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
21. September 2023, 18:00 Uhr
Fraktionssitzung
- Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn
- Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder



IMPRESSUM
Der Rote Hahn
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzende Anja Kreisel & Stefan Kunath
Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)

(0335) 4002047
(0335) 4002031
geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
http://gleft.de/45M
https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn
https://facebook.com/dielinkeffo
https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn
Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, **Sonnhild Grünberg**,
Elke Thiele, **Joachim Wawrzyniak**
Satz und Druck: **Tom Berthold, Willi Wallroth**

Spendenkonto:
Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende Der Rote Hahn**

Auflage: 500
Die nächste Ausgabe erscheint am: 26. September 2023
Einsendeschluss: 20. August 2023

Kontakt:
der-rote-hahn@dielinke-ffo.de
Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Wir behalten uns vor, Beiträge sinngemäß zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Beiträge und Bilder, übernehmen wir keine Haftung. Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

DIE LINKE.

www.dielinke-ffo.de